

Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Die Fassade bröckelt: **Bezirksamt verstrickt sich in Widersprüche**

Bericht aus der 21. Tagung der BVV Pankow

Was versprach eine brisante 21. BVV-Tagung zu werden, verlief dann doch ohne viel Aufruhr. Die SPD-Fraktion hatte im Vorfeld eine Aktuelle Stunde zu den vom Abbruch bedrohten Verhandlungen zur baulichen Entwicklung des Areals Pankower Tor auf die Tagesordnung setzen lassen. Doch aufgrund der inzwischen wieder aufgenommenen Verhandlungen war viel von der vorherigen Brisanz verflogen. Es gab aber auch genügend andere dringende Themen.

Zum Beispiel, dass der Schwarz-Rote Senat den Berliner Bezirken ein hartes Spardiktat auferlegt hat. Die Linke im Abgeordnetenhaus und in den Bezirken übt seit Wochen scharfe Kritik an den neuen Vorgaben zu den sogenannten Pauschalen Minderausgaben (PMA). Das Bezirksamt Pankow hingegen hält sich zu den Konsequenzen des Sparzwangs und zum bestehenden Risiko einer Haushaltssperre bedeckt. Es wurde noch kein Plan vorgelegt, wie die PMA von insgesamt rund 6 Mio. Euro im laufenden Doppelhaushalt Pankows aufgelöst werden sollen. In Frage kommen im Grunde nur die sogenannten freiwilligen sozialen Leistungen und

somit die Finanzierung für bspw. Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienzentren, der Obdachlosenhilfe und kultureller Angebote. Gleichzeitig hat Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (Bündnis 90/Die Grünen) wiederholt betont, dass bei genau diesen Leistungen, insbesondere im Geschäftsbereich Jugend, nicht gespart werden würde. Ihren Versprechungen zum Trotz wurde nun aber bekannt, dass die Geschäftsbereiche aufgefordert wurden, Einsparpotenziale zu identifizieren und ihrerseits Vorschläge zur Auflösung der PMA zu unterbreiten. Das Wort der Bezirksbürgermeisterin steht in Zweifel. Wir sprachen sie explizit auf ihr gegebenes Versprechen an. Auch wollten wir wissen, ob die Bezirksbürgermeisterin eine Haushaltssperre ausschließen kann. Koch aber ließ die Fragen schlichtweg unbeantwortet und zeigte sich weiterhin planlos. Die Aufforderung an die Geschäftsbereiche sei nur eine vorsichtige Anregung, um sich auf das Sparen „vorzubereiten“, sollte es notwendig werden. Eine aufwendige Suche nach Einsparpotenzialen ohne Einsparziel? Wer's glaubt! Auch die Absage des Festes an der Panke 2023 be-

schäftigt weiterhin den Bezirk. Das beliebte Pankower Volksfest ist eine kulturelle Institution. Nach der pandemiebedingten Pause fand das Fest für Groß und Klein 2022 endlich wieder statt. Dann aber fiel es 2023 plötzlich wieder ins Wasser. Seitdem suchen Presse, Bürger*innen und die Linksfraktion nach Antworten, die das Debakel erklären. Der bisher vom Bezirksamt geschilderte Verhandlungsablauf ergibt keinen Sinn und die Bezirksbürgermeisterin verstrickt sich bei jedem neuen Erklärungsversuch in mehr Widersprüche. Unseren erneuten Nachfragen am 28. Februar wich Koch wieder aus, aber wir werden dranbleiben. Die Pankower*innen haben ein Recht zu wissen, warum der Vertrag zwei Monate lang liegenblieb, bis er schließlich platzte.

Nach fast einem Jahr grün-schwarz-gelber Zählgemeinschaft spricht das Bezirksamt offensichtlich nicht mit einer Stimme. CDU und Grüne beharken sich, die Bezirksbürgermeisterin ist ihrem Amt nicht gewachsen und unangenehme Nachfragen werden zunehmend ungehalten abmoderiert. Der Lack ist ab. Die Fassade bröckelt.

Drucksachen

Träger und Einrichtungen vor der Schließung schützen!

In Pankow sind einige KiTas, Begegnungsstätten für Senioren und Seniorinnen sowie andere soziale Einrichtungen aufgrund erheblicher Mietsteigerungen von Kündigungen und Schließungen betroffen. Diese Einrichtungen bieten wertvolle Dienstleistungen und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die auf diese Angebote angewiesen sind. Ihre Schließung würde zu einem erheblichen Verlust für Pankow führen. Durch die Sicherung freier Gewerbeeinheiten für die Anmietung durch Träger können wir sicherstellen, dass wichtige soziale Angebote erhalten bleiben.

Wir fordern, dass das Bezirksamt von Schließungen bedrohte Einrichtungen bei der Raumsuche unterstützt und dafür Kooperationen mit den landeseigenen Wohnungsgesellschaften anstrebt. Außerdem soll eine Nutzung ungenutzter kirchlicher Liegenschaften geprüft werden.

(Drucksache – IX-0854)

Öffentliches WLAN in Pankow

Im Rahmen des Projektes „Free WiFi Berlin“ wurden die Bürgerämter und zahlreiche

Standorte im Bezirk Pankow mit kostenlosen WLAN-Hotspots ausgestattet. Das von der Senatskanzlei finanzierte und umgesetzte Projekt ist jedoch zum Jahreswechsel 2021/2022 ausgelaufen. Wir fordern das Bezirksamt auf, sich bei der Senatskanzlei nachdrücklich für eine umgehende Fortführung des Projekts einzusetzen und zeitnah öffentlich zugängliches WLAN in allen öffentlichen Gebäuden mit Publikumsverkehr bereitzustellen. Der Bezirk würde damit das Leben seiner Bürger*innen maßgeblich verbessern und so nicht nur den Zugang zu Informationen erleichtern, sondern auch soziale Inklusion und Bildung fördern.

(Drucksache – IX-0852)

Quartierspavillon im Mühlenkiez – Vergabe und Nutzung

Das Vergabe- und Buchungsverfahren des Quartierspavillons in der Thomas-Mann-Straße im Mühlenkiez ist unklar. Maria Bigos, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, möchte vom Bezirksamt u.a. wissen, wer mit der Vergabe betraut ist, nach welchen Kriterien der Pavillon vergeben wird und welche Gruppen ihn zu welchem Zweck nutzen. Im Mühlen-

kiez mangelt es an Jugendorten mit der Folge wiederholter Konflikte in der Anwohnerschaft. Wäre der Quartierspavillon vielleicht eine Lösung?

(Kleine Anfrage - KA-0776/IX)

Verhinderung und Beseitigung von Diskriminierung in der Pankower Verwaltung

Oskar Lederer, fachpolitischer Sprecher der Linksfraktion für Antidiskriminierung, fordert in dieser kleinen Anfrage vom Bezirksamt Auskunft darüber, wie viele Beschwerden und Beratungen in den letzten zwei Jahren nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz wegen einer Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen und antisemitischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der Sprache, der sexuellen und geschlechtlichen Identität sowie des sozialen Status erfolgten. Zudem wird das Bezirksamt aufgefordert darzulegen, welche Maßnahmen nach Beschwerden ergriffen wurden, um die Diskriminierung zu beseitigen und weitere Diskriminierungen zu verhindern.

(Kleine Anfrage - KA-0785/IX)

Mensch bleiben – in Pankow und überall



Von Jurik Stiller, Sprecher für Partizipation und Integration

Hunderttausende Menschen sind bundesweit seit den Enthüllungen über die Deportationspläne der rechtsextremen AfD durch die Correctiv-Recherche im Januar auf die Straße gegangen. Allein in Berlin waren rund 300.000 Menschen bei der „Wir sind die Brandmauer“-Kundgebung am 3. Februar vor dem Bundestag. Zahlreich zeigten auch die Pankower*innen wie jedes Jahr Haltung bei der Lichterkette am jüdischen Waisenhaus zum Holocaustgedenktag am 27. Januar. Wer in Deutschland, in Berlin,

in Pankow lebt, hat gemeinschaftliches und friedliches Zusammenleben verdient. Es sind unsere Nachbarinnen und Nachbarn, unsere Freundinnen und Freunde. Gleichzeitig kündigt ein Teil der demokratisch gewählten Vertreter*innen in Bundestag, Abgeordnetenhaus und BVV einen Konsens der Humanität auf. Die Ampelkoalition hat im Europäischen Rat der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) zugestimmt, womit faktisch die Abschaffung des Men-

schenrechts auf Asyl einhergehen wird. Kinder und Familien können nun an den europäischen Außengrenzen eingesperrt werden – Kinder, die Hilfe suchen und Schutz brauchen. Wer die Mauer um die Festung Europa immer höher zieht, wird jedoch Menschen nicht davon abhalten, zu fliehen, sondern immer gefährlichere Wege zu suchen. Fluchtursachen sind vielfältig. Fast immer hängen sie mit Krieg und der weltweiten Ungleichheit zwischen Arm und Reich zusammen. Diese Ungleichheit wächst durch Ausbeutung in unfairen Handelsbeziehungen, das Erstarken der großen Agrarkonzerne, rücksichtslos agierende transnationale Unternehmen und dem ansteigenden Meeresspiegel oder anhaltende Dürreperioden. Geflüchtete sollen das Recht auf soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe in unserem Land haben: Soziale Sicherheit statt Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Parallel ist es unsere ständige Verpflichtung, die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Auch unter den zahlreichen Vertreter*innen im bezirklichen Beirat für Partizipation und Integration geht die Sorge vor dem erstarkten Rechtspopulismus um. Für die Linksfraktion ist unverhandelbar: Pankow hat keinen Platz für Rassismus.



Von Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzender

Keine Kürzungen bei Jugendeinrichtungen und sozialen Trägern

Verlässliche Finanzierungsgrundlagen schaffen!

Die Auflösung der Pauschalen Minderaufgaben (PMA) in den Bezirken können zu einer Kürzung der sogenannten freiwilligen Leistungen um etwa 10 Prozent führen. Die sind aber nicht freiwillig. Das sind unsere *Jugendeinrichtungen*, unsere *Musikschulen*, unsere *Demokratieprojekte* und unsere *sozialen Träger*. Während der Senat ungedeckte Schecks ausstellt, schiebt das Bezirksamt das Problem vor sich her. Sören Benn (Die Linke) hat den Bezirk mühselig aus einer sogenannten vorläufigen Haushaltswirtschaft geführt und nun drohen neue Einsparungswellen.

Die Linksfraktion Pankow hat in mehreren Anfragen an das Bezirksamt Fragen zur geplanten Auflösung der PMA gestellt. Droht uns eine Haushaltssperre? Eine Haushaltssperre bedeutet, dass jede Ausgabe sehr bürokratisch überprüft werden muss. Das heißt, es dauert alles noch länger und es wird an allen Ecken und Enden gespart. Zunächst hatte die Bürgermeisterin (Dr. Cordelia Koch, Grüne) eine Haushaltssperre ausgeschlossen, jetzt wird diese aber doch geprüft. Auch wurde uns zunächst versprochen, dass keine Kürzungen bei Jugend oder sozialen Trägern vorgenommen werden. Nun heißt es, dass auch dort Einsparungen

geprüft werden. Wir sagen, es muss jetzt eine vernünftige Finanzierungsgrundlage geschaffen werden, die verhindert, dass bei Jugend und Sozialem gespart wird.

In den Haushaltsverhandlungen hat die Jamaika-Zählgemeinschaft die völlig falschen Schwerpunkte gesetzt. Jugend und Soziales gingen leer aus. Wichtige Projekte, wie die Straßensozialarbeit mit Obdachlosen wurden nicht im Haushalt abgebildet.

Die Linke setzt sich vehement gegen drohende Haushaltskürzungen in den Berliner Bezirken ein und fordert einen Nachtragshaushalt mit mindestens 75 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr. Eine Anhörung im Unterausschuss Bezirke des Abgeordnetenhauses verdeutlichte die gravierenden Risiken für die soziale und kulturelle Infrastruktur, die mit den geplanten Kürzungen einhergehen.

Die Schaffung stabiler Strukturen in den Bezirken ist unerlässlich, um gute Rahmenbedingungen für alle Bürger*innen zu gewährleisten. Dazu gehören eine verlässliche Personalausstattung, eine krisenfeste soziale Infrastruktur, verbesserte Gesundheitsversorgung und bedarfsgerechte Bildungs- und Freizeitangebote. Die Linke fordert zudem eine Entbüro-

kritisierung des Zuwendungsrechts und einen Heizkostenfonds für finanziell schwächere Bürger*innen.

In der BVV Pankow setzen wir uns weiter dafür ein, dass steigende Mieten soziale Träger und Jugendprojekte nicht verdrängen, sondern deren Standorte gesichert werden. Doch dafür braucht es mehr als warme Worte. Es braucht jetzt eine Kooperation, mit dem Ziel, freie Gewerbeeinheiten für die Anmietung durch Träger zu sichern und soziale Angebote, die von Schließung durch Kündigung oder Auslaufen ihres Mietvertrages bedroht sind, zu erhalten. Das Bezirksamt soll die Träger bei der Suche und den Verhandlungen mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften unterstützen und selbst an diese herantreten.

Gerade jetzt, wo die steigenden Mieten, hohe Betriebskostennachzahlungen und steigende Lebensmittelpreise die Einkommen der Menschen auffressen, ist die soziale Infrastruktur wichtiger denn je. Unsere Jugendeinrichtungen, unsere Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sorgen für ein solidarisches Miteinander, kümmern sich um diejenigen, die besondere Unterstützung brauchen und helfen Familien, Jugendlichen und Obdachlosen. .

Aus der Kommunalpolitik

Benefizkonzert für die jüdische Gedenkstätte "Sosenki" in Riwnie

Die Gedenkstätte "Sosenki" in der Pankower Partnerstadt Riwnie in der Ukraine verfällt seit Jahren. Auf den verwitterten Gedenktafeln verblassen die Namen der bei und in Riwnie im November 1941 grausamst von deutschen Soldaten zusammengetriebenen und ermordeten Jüd*innen. Das erklärte Gennadi Freiermann, Leiter der Jüdischen Gemeinde in Riwnie, im Video. Bei dem durch den Pankower VVN-BdA ausgerichteten Konzert wurden Spenden zur Instandhaltung des Denkmals gesammelt. Nach einer Rede von Sören Benn (Die Linke), der als Pankower Bürgermeister bis 2021 die Städtepartnerschaft zwischen Pankow und Riwnie maßgeblich vorgebracht hat, folgten Musikbeiträge. ■

Gespendet werden kann auf das Spendenkonto des Bezirksamts Pankow:



Bezirkskasse Pankow

IBAN DE06 1005 0000 4163 6100 01

Verwendungszweck: 2333001416678

Spendenbescheinigungen sind möglich.

Die Überweisung einer Spende berechtigt nicht zu einer Gegenleistung.

Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik?

Was heißt eigentlich BVV? Was bedeuten BezVG und AZG? Berliner Verwaltung und Kommunalpolitik haben den Ruf, kompliziert zu sein. Wenn Ihnen die genannten Begriffe was sagen, sind Sie bereits gut informiert. Nichtsdestotrotz kann



das Begriffe-Dickicht auch für Politikinteressierte verwirrend sein. Um Sie dem Thema näher zu bringen, werden wir hier in unserer Rubrik „Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik?“ Institutionen und Begriffe erklären und häufige Fragen beantworten. Den Anfang machen wir heute mit einigen Grundlagen.

Berlin ist ein Bundesland, einer von drei Stadtstaaten Deutschlands. Soweit wahrscheinlich erstmal nichts Neues. Das Besondere an Berlin ist seine zweistufige Verwaltung. Über diese und das damit einhergehende Wirrwarr an Zuständigkeiten zu klagen ist Gang und Gebe im politischen Berlin. Aber was heißt zweistufige Verwaltung eigentlich und warum gibt es sie? Die erste Stufe sind die Berliner Senatsverwaltungen. Sie unterstehen dem vom Abgeordnetenhaus gewählten Regierenden Bürgermeister. Die Senatsverwaltungen sind für alle umfassenden Belange der Großstadt Berlin zuständig:

Vom Straßenbau (mit Ausnahmen, wie wir sehen werden), über den öffentlichen Nahverkehr, bis zur Müllabfuhr.

Die zweite Stufe ist die Selbstverwaltung der zwölf Berliner Bezirke. Entsprechend wählen die Berliner*innen alle vier Jahre nicht nur das Abgeordnetenhaus, sondern parallel auch ihre jeweiligen Bezirksparlamente, die sogenannten Bezirksverordnetenversammlungen (BVV). Die BVV wählt den/die Bezirksbürgermeister*in (BzBgm) und die Stadträte des Bezirksamts (BA) und übt eine Kontrollfunktion gegenüber diesen aus. Die Besetzung der Stadträte erfolgt nach der Größe der Fraktionen in der BVV. So sind im derzeitigen Pankower Bezirksamt Stadträte von vier verschiedenen Parteien vertreten, darunter Dominique Krössin (Stadträtin für Soziales und Gesundheit) von der Linken.

BVV und Bezirksamt sind für alles zuständig, was zur kommunalen Selbstverwaltung gehört und was die Bezirke in eigener Regie verantworten können. Dazu gehört vieles, was direkte Auswirkungen auf das Leben der Menschen im Bezirk hat.

Dazu gehören z. B. die Regelung von Verkehr abseits der großen Hauptstraßen (z.B. Kiezblöcke & Fahrradstraßen), die Benennung von Straßen und Plätzen, der Beschluss von Bauprojekten und nicht zuletzt Ausbau, Sanierung und Neubau von Schulen. Außerdem beschließt die BVV den Bezirkshaushalts, in dem die vom Berliner Senat zur Verfügung gestellten Gelder auf die bezirklichen Ämter wie z. B. das Sozialamt oder das Straßen- und Grünflächenamt verteilt und politische Schwerpunkte gesetzt werden können.

Doch wer sind die Bezirksverordneten, die sich ehrenamtlich neben ihrem Beruf all diesen Dingen widmen? Das schauen wir uns in der nächsten Ausgabe an. ■

So treten
Sie mit uns
in Kontakt

Die Linke

Fraktion in der
BVV Pankow

Besuchen Sie unsere
Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr
in unserem Fraktionsbüro

Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine
Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de
oder wenden Sie
sich direkt an unsere
fachpolitischen
Sprecher*innen.



In unseren thematischen
Arbeitsgruppen können
Sie sich zu einer Vielzahl
von Themen einbringen:



Kennen Sie schon
unseren Newsletter?
Hier können Sie ihn
abonnieren:



Folgen Sie uns auf
Social Media:



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.